

Zeitschrift:	Frei denken : das Magazin für eine säkulare und humanistische Schweiz
Herausgeber:	Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band:	99 (2016)
Heft:	3
Artikel:	Säkulare Erklärung zum politischen Islam: Säkularismus ist die Lösung
Autor:	[s.n.]
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-1090637

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Säkulare Erklärung zum politischen Islam: Säkularismus ist die Lösung

(hpd) Bekannte deutsche Islamkritiker fordern einen politischen Kurswechsel der deutschen Regierung. Nicht nur der islamistische Terrorismus, sondern auch die dahinterstehende Ideologie des politischen Islam müsse entschieden bekämpft werden.

Die islamistischen Terroranschläge der letzten Wochen haben viele Menschen schockiert und verunsichert. Angesichts dieser blutigen Attentate ist nun ein politischer Kurswechsel nötig, um die Prinzipien der offenen Gesellschaft verteidigen zu können. Dafür muss nicht nur der islamistische Terrorismus, sondern auch die dahinterstehende Ideologie des politischen Islam entschieden bekämpft werden.

Die Gefahren, die von dieser religiösen Bewegung ausgehen, müssen von der deutschen Politik endlich realisiert werden. Denn weltweit konnte der politische Islam an Einfluss gewinnen und die gesellschaftlichen Verhältnisse nach seinen Vorstellungen bestimmen: Geschlechterapartheid, die Unterdrückung der freien Sexualität, die Einschränkung der Meinungsfreiheit, der Zwang zur islamischen Bekleidung, die Bedrohung von LGBTIs sowie von nicht- und andersgläubigen Menschen gehören zur alltäglichen Praxis in den islamisch regierten Ländern.

Es ist erschreckend, dass diese Menschenrechtsverletzungen von vielen postmodernen Kulturrelativisten entweder ignoriert oder unter dem Vorwand einer falsch verstandenen «Toleranz» geduldet werden.

Doch auch in Europa werden wir zunehmend mit dem Problem konfrontiert. In den letzten Jahren wurden immer mehr Moscheen gebaut und der Einfluss von islamischen Organisationen vergrößert. Diese Organisationen werden zum grössten Teil von den islamischen Regierungen in Saudi-Arabien, der Türkei sowie im Iran unterstützt und vertreten deren Interessen in Europa. Zwar versuchen sie sich vom radikalen Islam zu distanzieren, folgen aber teilweise dessen Zielen und profitieren oftmals von dessen Einschüchterung und dem weltweiten Terror.

Viele Menschen aus den sogenannten «islamischen Ländern», die nach Deutschland gekommen sind, wollen mit diesen Islamverbänden nichts zu tun haben. Dennoch massen es sich die reaktionären Organisationen an, für vier Millionen Menschen sprechen zu wollen. Der Staat spielt dieses gefährliche Machtspiel mit, anstatt die einzelnen Menschen als Individuen in ihrer Unterschiedlichkeit ernst zu nehmen. Er stärkt damit das falsche Bild einer vermeintlichen Gruppenidentität, die den islamischen Lobby-Verbänden als politisches Instrument dient. Vielen Menschen wird damit die Chance verwehrt, in einer offenen, säkularen Gesellschaft anzukommen.

Die Antwort ist der Säkularismus

Erst wenn in Deutschland die Gesetze und Regeln konsequent auf Basis des Säkularismus aufgestellt sind, wird es eine Hoffnung für die Lösung der heutigen Konflikte geben. Nur so werden unsere Kinder ohne Hass und Brutalität in einer menschlicheren und friedlicheren Gesellschaft zusammen aufwachsen können. Nur so lassen sich Fanatismus und Radikalisierung verhindern.

Dafür ist die Erfüllung der folgenden Bedingungen erforderlich:

- Eine vollständige Trennung von Religion und Staat
- Kein Einfluss von religiösen Partikularinteressen auf das Bildungssystem, das Gesundheitswesen, die Medien und die wissenschaftliche Forschung
- Die Abschaffung der religiösen Gesetze im Familien-, Zivil- und Strafrecht
- Ein Ende der Diskriminierung von LGBTIs, weltanschaulichen Minderheiten, Frauen, Freidenkern, Ex-Muslimen u. a.

- Die Freiheit der Weltanschauungen sowie die Freiheit, Religionen kritisieren zu dürfen
- Die Gleichstellung aller Menschen vor dem Gesetz

Sollte der deutsche Staat seine Politik ändern und diese Bedingungen erfüllen, wird nicht nur die reaktionäre islamische Bewegung, sondern auch das fremdenfeindliche Lager in der Gesellschaft zurückgedrängt. Denn die rassistischen Kräfte in Europa könnten sich nur durch den Missbrauch der vielen unbeantworteten Probleme als Sprachrohr der Unzufriedenen verkaufen.

Wir, die Unterzeichner dieser Erklärung, fordern daher die sofortige Anerkennung und Umsetzung der folgenden Punkte durch die deutsche Regierung:

1. Menschenrechtsverletzungen sind unter keinen Umständen zu tolerieren.
2. Der Staat soll seine Beschwichtigungs- und Appeasementpolitik mit den islamischen Organisationen und Verbänden beenden.
3. Die «Integration» durch die islamischen Organisationen und Verbände sowie durch die Moscheen muss beendet werden.
4. Politische und wirtschaftliche Abkommen müssen explizit die Einhaltung menschenrechtlicher Regelungen zur Voraussetzung haben.
5. Ein verbindlicher Ethikunterricht für alle soll den Religionsunterricht in der Schule ersetzen.
6. Schwimmunterricht, Sexualkunde und Klassenfahrten sind Teil des schulischen Bildungsauftrages.
7. Der Staat soll ein Kopftuchverbot für Grundschullehrerinnen und religionsunmündige Schülerinnen an öffentlichen Schulen einführen. Dieser Schritt ist notwendig, um Mädchen aus streng muslimischen Familien in ihrem Emanzipationsstreben zu unterstützen.
8. Die staatlichen Fördergelder für Moscheen und islamische Einrichtungen sowie für die Ausbildung von Imamen an den Universitäten soll eingestellt werden. Dafür sollen soziale Einrichtungen für die Aufklärung und Beratung von Frauen und Jugendlichen sowie LGBTIs aus dem islamischen Milieu geschaffen werden. Der Staat soll dafür sorgen, dass mehr Sozialarbeiter und Berater ausgebildet werden, um betroffene Menschen unterstützen zu können.
9. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Keine gesonderten Massnahmen aufgrund der Religionszugehörigkeit.
10. Weltanschauliche Minderheiten, LGBTIs sowie Frauen und Kinder müssen in den Flüchtlingsunterkünften durch den Staat geschützt werden.

Unterzeichnerinnen und Unterzeichner:

Mina Ahadi Menschenrechtlerin, Zentralrat der Ex-Muslime D
 Nazanin Borumand Zentralrat der Ex-Muslime Deutschland
 Maryam Namazie Menschenrechtlerin, Zentralrat Ex-Muslime GB
 Hamed Abdel-Samad Politologe und Islamexperte
 Ali Utlu Menschenrechtler
 Arzu Toker Schriftstellerin
 Ufuk Özbe Publizist
 Michael Schmidt-Salomon Philosoph, Giordano-Bruno-Stiftung
 Thomas Osten-Sacken Publizist, Wadi e.V.
 Volker Panzer Journalist und Moderator